



Gemeinsames Statement von CHANGES for women, Ciocia Wienia, Pro Choice Austria und Vemina anlässlich der Schließung des pro:woman Ambulatoriums

*** english version below***

Seit 18.02.2023 bietet das pro:woman Ambulatorium in der Wiener Innenstadt keine Termine für Schwangerschaftsabbrüche mehr an, es steht kurz vor der Schließung. Wir sind schockiert über diese Nachricht und als Organisationen, die sich tagtäglich um die Anliegen ungewollt Schwangerer kümmern, müssen wir dies öffentlich machen. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass eine gesundheits- und frauenpolitische Diskussion über die Sicherstellung des Zugangs zu sicheren Abtreibungen notwendig ist, da die Versorgungssicherheit momentan fast gänzlich von privaten Anbieter*innen abhängig ist. Deshalb fordern wir die Politik auf, endlich ihre Verantwortung hinsichtlich reproduktiver Rechte von Frauen und allen Personen, die schwanger werden können, ernst zu nehmen!

... durch eine vollständige Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs.

... durch flächendeckenden, effektiven und niederschweligen Zugang zum Schwangerschaftsabbruch in ganz Österreich.

... durch transparente und sachliche Informationen, die leicht auffindbar sind.

... durch die Übernahme der Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen und Verhütung durch die öffentliche Hand.

Mehr als 45 Jahre setzten sich das pro:woman Ambulatorium und seine Vorläufer im ersten Wiener Gemeindebezirk für reproduktive Selbstbestimmung ein. Nach Inkrafttreten der Fristenregelung wurden in der Vorläuferpraxis des späteren pro:woman Ambulatoriums die ersten Schwangerschaftsabbrüche nach der neuen Gesetzeslage durchgeführt. Es ist also ein historisch immens bedeutsamer Ort im Kampf um reproduktive Selbstbestimmung! Im März 2023 wird es nun geschlossen, da die bisherige Geschäftsführung die Tagesklinik verlässt und die britische Non-Profit-Organisation MSI Reproductive Choices, zu deren Netzwerk das Ambulatorium gehörte, den Standort nicht fortführen möchte. Bereits in den Anfängen unter Alfred Rockenschaub wurde das Ambulatorium von einer international tätigen NPO aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (IPAS) unterstützt. Noch ist unklar, was mit den bisherigen Räumlichkeiten passieren wird. Jedenfalls ist das pro:woman Ambulatorium samt seiner sozialen Ausrichtung nunmehr Geschichte.

Als private Tagesklinik, die für Patient*innen mit MA40-Kostenzuschuss Abbrüche ohne Selbstbehalt angeboten hat, hatte pro:woman eine sozial und gesellschaftlich bedeutende Position inne. Klient*innen aus allen Bundesländern und dem Ausland wurden dort qualitativ hochwertig und sensibel versorgt und begleitet. Besonders für ungewollt Schwangere, die sich in sozialen und

finanziellen Notlagen befanden, war pro:woman eine wichtige Anlaufstelle, die sie mit der Schließung nun verlieren. Die MA40, die ÖGF, FEM sowie CHANGES for women und Ciocia Wienia arbeiteten dazu seit Langem mit dem Ambulatorium zusammen. CHANGES for women hat in den letzten 3 Jahren insgesamt 252 Abbrüche in ganz Österreich (mit)finanziert, 56 davon alleine im pro:woman Ambulatorium. Ciocia Wienia unterstützt vor allem ungewollt Schwangere aus dem Ausland, wie etwa aus Polen, Ungarn oder der Ukraine, die für einen Schwangerschaftsabbruch nach Österreich reisen müssen und keine Chance auf eine Behandlung im öffentlichen Krankenhaus haben. Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit hat Ciocia Wienia mehr als 160 Personen beim Zugang zu Abtreibungen allein im pro:woman Ambulatorium unterstützt.

Mit der Schließung des pro:woman Ambulatoriums verlieren viele ungewollt Schwangere aus Österreich und dem Ausland eine wichtige Anlaufstelle zum sicheren und niederschweligen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. Die ohnehin prekäre Versorgungslage in Wien verschlechtert sich nun deutlich und führt zur Überlastung anderer Kliniken. Allein im Februar musste Ciocia Wienia einigen Personen aufgrund mangelnder Termine und langer Wartezeiten absagen. Der Wiener Gesundheitsverbund stellt – begründet durch die angespannte Lage im Spitalssektor – nur wenige Kapazitäten für Schwangerschaftsabbrüche zur Verfügung. Der Großteil der ungewollt Schwangeren muss auf ärztliche Leistungen am privaten Markt zurückgreifen. Die Preise für einen Schwangerschaftsabbruch sind in Österreich nicht geregelt und werden zum Teil profitorientiert festgelegt. Das führt zu erheblichen Preisunterschieden zwischen 355 Euro und 1.000 Euro innerhalb von Wien und Österreich. Ohne Indikation werden Betroffene nur in Einzelfällen und je nach Wohnsitz finanziell unterstützt. Aufgrund mangelnder staatlicher Regulierung ist es schwer, sich einen Überblick zu verschaffen, wo zu welchem Preis Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden und wie man möglicherweise eine Kostenübernahme oder einen Sozialtarif erhalten kann. Derzeit gibt es neben dem Gesundheitsverbund in Wien nur noch einen privaten Arzt, der medikamentöse Abbrüche für einkommensschwache Personen über die MA40 – das heißt für die Betroffenen kostenlos – abwickelt.

Damit ein qualitativ hochwertiger und niederschwelliger Zugang zu reproduktiver Selbstbestimmung möglich ist, muss die Politik Verantwortung übernehmen. Sie muss Stellung beziehen gegen den Zwang zur Reproduktion und die ungleichen Möglichkeiten, die eigenen sexuellen und reproduktiven Rechte wahrzunehmen: Der Zugang zu einer Gesundheitsleistung, die explizit im gesetzlichen Rahmen ermöglicht wird, muss durch entsprechende Versorgungsstrukturen gewährleistet werden. Es kann nicht sein, dass ein reiches Land wie Österreich dabei auf Gelder von internationaler Entwicklungszusammenarbeit (wie durch MSI) zurückgreift! Wir fordern daher die Politik auf wiener Landes- und österreichischer Bundesebene auf, diese längst offensichtliche Lücke im Versorgungssystem zu schließen und für die Gesundheit und Selbstbestimmtheit von ungewollt Schwangeren einzustehen.

Das ist auch eine Frage der Menschenrechte, zu deren Einhaltung sich Österreich verpflichtet hat: Die Rechte auf reproduktive Gesundheit und Selbstbestimmung sind in internationalen Menschenrechtsverträgen verankert. Schwangere in Österreich haben ein Recht auf Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen. Daraus ergeben sich eine Reihe von staatlichen Pflichten: Personen, die eine Abtreibung vorgenommen haben, oder Ärzt*innen, die diese Dienste anbieten, dürfen nicht kriminalisiert werden. Schwangeren, die ihre Schwangerschaft abbrechen wollen, ist ein effektiver Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Das öffentliche Gesundheitssystem hat einen diskriminierungsfreien Zugang für Alle sicherzustellen. Die Möglichkeit des Gesundheitspersonals, die Mitwirkung an Schwangerschaftsabbrüchen aus Gewissensgründen zu verweigern, darf schwangere Personen nicht am Zugang zu sicheren und legalen Abtreibungen hindern.

Für **Wien** heißt das jetzt:

Die Wiener Stadtregierung muss ihre Verantwortung für die Versorgungssicherheit bei ungewollter Schwangerschaft endlich ernst nehmen. Sie muss den Rahmen schaffen, damit der Wiener Gesundheitsverbund seine Aufgabe diesbezüglich in ausreichendem Maße erfüllen kann und dass auch mehr niedergelassene Gynäkolog*innen Abbrüche anbieten können. Ein leistbares Angebot bzw. kostenloser Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen mit freier Methodenwahl, ohne lange Wartezeiten und mit Terminen auch an Wochenenden ist sicherzustellen. Die bisherige Anzahl an Terminen, die in den öffentlichen Spitälern angeboten wird, reicht bei Weitem nicht aus.

Es darf nicht sein, dass Preisgestaltung und Qualität der Versorgung allein dem privat finanzierten Gesundheitsmarkt überlassen werden. Zusätzlich zu dem Angebot in Privatkliniken, auf das besonders Menschen ohne Versicherungsschutz in Österreich angewiesen sind, müssen alle öffentlichen Krankenanstalten mit gynäkologischer Abteilung regulär Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Neben Kampagnen, um mehr niedergelassene Ärzt*innen zur Abgabe von Mifegyne® für einen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch zu motivieren, braucht es kostenfreien Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln sowie zeitgemäße sexuelle Bildung für Alle.

**CHANGES for women, Ciocia Wienia, Pro Choice Austria, und Vemina
mit Unterstützung der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung**

www.changes-for-women.org

www.ciociawienia.net

www.prochoiceaustria.at

www.vemina.at

www.oegf.at

Joint statement by
CHANGES for women, Ciocia Wienia, Pro Choice Austria and Vemina
on the occasion of the closure of the pro:woman clinic

As of February 18, 2023, the pro:woman clinic in Vienna's city center no longer offers appointments for abortions and is on the verge of closing. We are shocked by this news, and as organizations that deal with concerns around unwanted pregnancies on a daily basis, we must make this public. The current situation shows that a discussion on policy concerning health and ensuring women's access to safe abortions is necessary. Currently, access to abortion is almost entirely dependent on private providers. Therefore, we call on politicians to finally take seriously their responsibility to ensure the reproductive rights of women and all persons who can become pregnant!

...through the complete decriminalization of abortion.

...through widespread, effective, and low-threshold access to abortion throughout Austria.

...through transparent and factual information that is easy to find.

...through the public sector taking on the responsibility for the full funding of abortions and contraception.

For more than 45 years, the pro:woman clinic and its predecessors in Vienna's first district have been committed to reproductive self-determination. After the regulation allowing abortions within the first three months of pregnancy first entered into effect in Austria, the first abortions were performed in the practice that was to later become the pro: woman clinic. As such, it is a historically immensely significant place in the fight for reproductive self-determination! In March 2023, it will close because the previous management is leaving the clinic, and the British non-profit organization MSI Reproductive Choices, to whose network the clinic belonged, does not want to continue its activities there. Already in the early days under Alfred Rockenschaub, the clinic was supported by an internationally active NGO from the development sector (IPAS). It is still unclear what will happen to the premises. In any case, the pro: woman clinic, including its social engagement, is now history.

As a private day clinic that offered abortions without self-payment for patients with subsidies from the city of Vienna (by the MA40), pro: woman had a socially and societally significant position. Clients from all federal states and abroad were provided with high-quality and sensitive care and support. For women with unwanted pregnancies who were in social and financial distress in particular, pro: woman was an important point of contact that they now lose with the closure. MA40, ÖGF, FEM, as well as CHANGES for women and Ciocia Wienia have been working with the clinic for a long time. CHANGES for women has financed a total of 252 abortions in Austria in the last 3 years, 56 of these alone in the pro: woman clinic. Ciocia Wienia primarily support for women with unwanted pregnancies coming from abroad, from countries such as from Poland, Hungary, or Ukraine, who have to travel to Austria for an abortion and have no chance of treatment in a public hospital. Under their joint work, Ciocia Wienia has supported more than 160 people in accessing abortions in the pro: woman clinic alone.

With the closure of the pro: woman clinic, many women with unwanted pregnancies from Austria and abroad lose an important point of contact for safe and low-threshold access to abortions. The already precarious availability of access to abortions in Vienna is now deteriorating significantly and is resulting in other clinics becoming overburdened. In February alone, Ciocia Wienia had to cancel appointments for some people due to a lack of appointments and long waiting times. The Vienna Health Association

has only limited capacity for abortions, due to the tense situation in the hospital sector. The majority of women with unwanted pregnancies have to rely on medical services in the private sector. Prices for abortion in Austria are unregulated and, thus, partly profit-oriented. This leads to significant differences in prices within Vienna and the rest of Austria, ranging from 355 euros up to 1,000 euros. Those affected are only financially supported on a case by case basis depending on their place of residence and without indication. Due to the lack of state regulation, it is difficult to get an overview of where abortions are performed, how much they cost and how to receive cost coverage or a social rate. Currently, apart from the Health Association in Vienna, there is only one private doctor who carries out medical abortions for low-income individuals through the MA40 - that is, free of charge for those affected.

In order for high-quality and low-threshold access to reproductive self-determination to be possible, the political system must take responsibility. It must take a stance against the compulsion to reproduce and the unequal opportunities to exercise one's own sexual and reproductive rights: Access to a healthcare service that is explicitly enabled by law must be ensured through appropriate care structures. It cannot be that a wealthy country like Austria relies on funds from international development cooperation (such as MSI) for this! Therefore, we call on the politicians at the Viennese and Austrian federal levels to close this long-standing gap in the healthcare system and to stand up for the health and self-determination of unwanted pregnant individuals.

This is also a question of human rights, to which Austria has committed itself: The rights to reproductive health and self-determination are enshrined in international human rights treaties. Pregnant individuals in Austria have a right to access safe and legal abortions. This gives rise to a number of state obligations: Individuals who have undergone an abortion, or doctors who provide these services, must not be criminalized. Pregnant individuals who want to terminate their pregnancy must be ensured effective access to appropriate healthcare. The public healthcare system must ensure non-discriminatory access for all. The ability of healthcare professionals to refuse to participate in abortions for reasons of conscience must not prevent pregnant individuals from accessing safe and legal abortions.

For Vienna, this means that the Viennese city government must finally take its responsibility for ensuring care in the case of unwanted pregnancy seriously. It must create the framework for the Viennese Health Association to fulfill its task in this regard to a sufficient extent, as well as ensuring that more outpatient gynecologists can offer abortions. An affordable offer or free access to abortions with a free choice of methods, without long waiting times and with appointments also on weekends, must be ensured. The current number of appointments offered in public hospitals is by no means sufficient.

It cannot be that pricing and quality of care are left solely to the privately financed healthcare market. In addition to the offer in private clinics, which is particularly important for people without insurance coverage in Austria, all public hospitals with a gynecological department must regularly perform abortions. In addition to campaigns to motivate more outpatient doctors to provide Mifegyne® for medical abortion, there is a need for free access to safe contraception and contemporary sexual education for all.

**CHANGES for women, Ciocia Wienia, Pro Choice Austria and Vemina
with the support of the Austrian Society for Family Planning ÖGF**

www.changes-for-women.org

www.ciociawienia.net

www.prochoiceaustria.at

www.vemina.at

www.oegf.at